

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Röhrl.
Druck: G. W. Röhrl, Auer.
Verlagspreis: 1.00 M. d. B.
Anz. Preis: 1.00 M. d. B.
Kassier: Röhrl.
Kassier: Röhrl.

Belegpreis: Durch unsere Seiten frei im Haus monatlich 2.00 M. Bei den Geschäftsstellen abgeholt monatlich 1.50 M. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie die Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Rubrikpreise sind in der Rubrik angegeben. Die Rubrikpreise sind in der Rubrik angegeben. Die Rubrikpreise sind in der Rubrik angegeben.

Nr. 215.

Mittwoch, den 14. September 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der badischen Staatsanwaltschaft ist es gelungen, die Persönlichkeiten der Mörder Erzbergers in München mit Sicherheit zu ermitteln. Es handelt sich um zwei frühere Offiziere der Brigade Ehrhardt.

Von Höchst am Main wird statt der für den 15. d. M. vorgesehenen Aufhebung der Sanktionen eine Verschärfung derselben gemeldet. Mit der Durchsicht des Reisegepäcks werden jetzt farbige Soldaten beschäftigt.

200 englische Arbeitslose, ehemalige Kriegsteilnehmer, sind nach Frankreich abgefahren. Am beim Wiederaufbaues zerstörten Gebietes verwendet zu werden. Wenn dieser Versuch ein befriedigendes Ergebnis hat, sollen weitere Gruppen von Arbeitslosen abgefanbt werden.

Kundgebung des demokratischen Parteivorstands zur politischen Lage.

In seiner Sonntagsitzung hat der Vorstand der D. D. P. zur politischen Lage in eingehender Besprechung Stellung genommen. Dabei stellte sich, wie die Parteiforrespondenz meldet, Einmütigkeit über alle brennenden Tagesfragen heraus. Jede Regierung hat ihre Macht gegen alle Unternehmungen einzusetzen, die das Ziel verfolgen, durch gewalttätiges Vorgehen die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staates zu ändern. Selbstverständlich muß sich das Vorgehen der Regierung in gleicher Weise gegen alle richten, die trotz des Ernstes der innerpolitischen und außenpolitischen Lage solche Schritte unternehmen. Sie kann und darf auch Beamte, die mit solchen Bestrebungen sympathisieren oder sie gar offen unterstützen, nicht im Dienste behalten. Der demokratische Parteivorstand billigt daher die Erlasse und Verordnungen der Reichsregierung und erwartet von ihr, daß sie ihren Willen auch der bayerischen Regierung gegenüber durchsetzt. So notwendig derartige Maßnahmen sind, so vermögen sie freilich noch nicht unsere verfassungsrechtlichen Zustände völlig zu sichern. Vielmehr muß jede Regierung, zumal gegenüber der ungeheuren Belastung unseres Volkes, möglichst breite Schichten der Nation zur verantwortlichen Mitarbeit in den Parlamenten und den Regierungen heranziehen. Rein Parteiegoismus und keine parteipolitische Engherzigkeit darf der Durchführung dieser staatsrechtlichen Politik im Wege stehen. Koalitionspolitik ist Arbeitsgemeinschaft, nicht Gesinnungsgemeinschaft. Deshalb kann zur Koalitionsgemeinschaft die allerdings notwendige Erklärung einer Partei genügen, die Weimarer Reichsverfassung als Rechtsgrundlage erachten zu wollen und bereit zu sein, jede gewalttätige Verletzung der verfassungsrechtlichen Zustände durch die Machtmittel des Staates zu bekämpfen. Das gilt für jede Partei, also auch ebenso für die Deutsche Volkspartei, wie für die unabhängige Sozialdemokratie. Die großen geschichtlichen Taten unseres Volkes vor und im Weltkriege empfinden wir als wertvollen nationalen Bestand unseres gemeinsamen vaterländischen Lebens. Gerade deshalb fordert die Deutsche Demokratische Partei in der jetzigen Zeit tiefgehender Erregungen aller deutschen Volksgenossen innerhalb und außerhalb unserer Parteiorganisation, die es erst mit ihrer vaterländischen Gesinnung nehmen, auf, dagegen anzukämpfen, daß die Erinnerung an Taten, die das gesamte Volk aller Parteirichtungen und Klassen vollführt hat, zum Gegenstand einseitiger, parteipolitischer Ausnutzung und gehässiger Agitation gemacht wird.

Kundgebung der sächsischen Demokraten.

Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen hielten am Sonntag in Dresden unter Leitung des Vorsitzenden, des Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeisters Dr. Ritz, Jittau, eine sehr stark besuchte Sitzung ab. Es wurde nach ausführlicher Aussprache unter allgemeiner Zustimmung nachstehende Erklärung angenommen:

In tiefster Abscheu verurteilen wir die aus maßloser nationalistischer Hege gegen die Republik und die Demokratie herausgehobene Mordtat von Griesbach. Wir billigen es, daß die Reichsregierung bereit ist, endlich mit Entschlossenheit alle gegen den Bestand der deutschen Republik und des Deutschen Reiches gerichteten Bestrebungen zu bekämpfen. Bei diesem Kampfe stehen wir geschlossen hinter der Reichsregierung und erwarten von ihr, daß sie von ihren Machtmitteln zum Schutze der demokratischen Republik vollen Gebrauch macht, gleichviel, ob die Gefährdungen von rechts oder links kommen. Mit aller Entschiedenheit aber lehnen wir eine Ueberwindung der Uebernahmemaßnahmen, wie sie in der Verordnung der sächsischen Regierung vorliegt, und jede einseitige Handhabung ab. Hand in Hand mit der äußeren Verteidigung der neuen Staatsordnung muß eine planmäßige innere Festigung der demokratisch-republikanischen Staatsauffassung in Verwaltungs- und Rechtspflege, in der Wehrmacht und an den Stätten der Volkserziehung gehen. Das gemeinsame Ziel ist die innere und äußere Festigung der nationalen Republik.

Der Landtag und die Landtagsfraktion befaßten sich weiterhin mit dem Referententwurf zur Neuordnung der Gemeindeverwaltung. Die Aussprache ergab übereinstimmende Auffassung über die Brauchbarkeit bzw. Unbrauchbarkeit der Grundzüge des Entwurfes. Eine endgültige

Stellungnahme bezieht man sich bis zu dem Vorliegen einer endgültigen Regierungsvorlage vor. Die Haltung der Fraktion in Angelegenheit der Grund- und Gewerbesteuer wurde vollkommen gebilligt. Dabei wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine zufriedenstellende Lösung der aufgetretenen Schwierigkeiten doch noch zu erreichen sein würde.

Fortdauer der bayerischen Krise.

Besprechung zwischen dem Kanzler und den Koalitionsführern.

In der Reichskanzlei hat gestern vormittag eine mehrstündige Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Koalitionsparteien des Reichstages stattgefunden. Der Besprechung wohnte auch der Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, bei. Ihr Gegenstand war die Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern. Bis zum Mittag lagen der Reichsregierung noch keine offiziellen Mitteilungen aus München über die Beschlüsse des ständigen Landtagsausschusses vor. Die Reichsregierung hat deshalb noch keine Veranlassung gehabt, zu den aus den Zeitungen bekannten beiden Forderungen Stellung zu nehmen, von deren Anerkennung der Landtagsausschuss die Zustimmung zu der Aufhebung des Ausnahmezustandes abhängig gemacht hat. In der gestrigen Besprechung kamen die Berichte aus München zur Erörterung, wonach sich innerhalb der Bayerischen Volkspartei eine starke Strömung gegen den Führer Geheimrat Held und sein entgegenkommendes Verhalten gegenüber der Reichsregierung bei den Berliner Verhandlungen geltend machte und das Bestreben, Ministerpräsident Raahr und das ganze bayerische Kabinett im Amte zu erhalten. Gegenüber diesen Tendenzen schiedt festzustehen, daß für die Reichsregierung nur dann die Möglichkeit bestünde, ihre prinzipiellen Bedenken, besonders gegen die zweite Forderung (Ueberlassung der Exekutive ausschließlich an die bayerischen Landesbehörden) zurückzustellen; wenn in Bayern eine Regierung am Ruder wäre, von der man die loyale Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten voraussehen dürfte.

Eine Vereinbarung auf dieser Grundlage wäre Sache des Vertrauens. Vom Ministerpräsidenten Raahr könnte man nach seiner ganzen Gesinnung und nach seinem ganzen bisherigen Verhalten das nicht erwarten. In seiner Hand könnte die Verordnung, die zum Schutze der Republik erlassen worden ist, eher ein Instrument zur noch schärferen Bekämpfung der republikanischen Elemente in Bayern werden. In demselben Grade, in dem die Demission Raahrs eine Entspannung in dem Konflikt zwischen dem Reich und Bayern bedeutete, würde ein Verbleiben der bisherigen Koalition in Bayern und besonders des Ministerpräsidenten v. Raahr und des Justizministers Dr. Roth in der gegenwärtigen Situation einer Verschärfung und bedenklichen Zuspitzung des Konfliktes gleichkommen. Man könnte einen derartigen Entschluß der Bayerischen Volkspartei nur als eine Kampfansage an das Reich betrachten. Auf eine rasche Schlichtung des Zwistes zwischen Reich und Bayern kann man aber jedenfalls nicht mehr rechnen. Herr v. Raahr hat sich, wie man hört, aus München wieder nach Berchtesgaden begeben, der bayerische Landtag ist für die nächste Woche zusammenberufen worden. Die letzte Entscheidung wird dann bei ihm liegen, und sie wird letzten Endes darauf hinauslaufen, ob die Mehrheit des bayerischen Landtags die Ministerpräsidentenschaft des Herrn v. Raahr höherstellt als das Reichsinteresse und die Reichseinheit oder umgekehrt.

Wie die Bayerische Staatszeitung mitteilt, wird die Neuwahl des bayerischen Ministerpräsidenten kaum unter zwei bis drei Wochen erfolgen; denn erstens sei der Landtag einzuberufen, zweitens müßten die Verhandlungen mit dem Reich weitergeführt werden, und drittens würden sich die Parteien mit der gegebenen Lage und mit der Frage der künftigen Koalition zu beschäftigen haben.

Die Mörder Erzbergers mit Sicherheit festgestellt

Zwei ehemalige Angehörige der Ehrhardt-Brigade die Täter. Verhaftung einer Berliner Familie unter dem Verdacht der Mitwisserschaft.

Der badischen Staatsanwaltschaft ist es gelungen, die Persönlichkeiten der Mörder Erzbergers in München zu ermitteln. Es sind der 28-jährige Kaufmann Heinrich Schulz aus Raumburg, geboren in Saalfeld a. S. und der 27-jährige Student der Jurisprudenz Heinrich Tilleßen. Die beiden haben seit April 1921 im Hause Maximiliansstr. 33 verschiedene Stockwerken gewohnt und sich nicht weiter auffällig benommen. Man wurde erst auf sie als vermutliche Täter aufmerksam, als der Besther des Gasthauses Zum Hirschen in Oppenau sich zweier Gäste erinnerte, die unter den hier angegebenen Namen zur Zeit des Mordes bei ihm wohnten und nach der Tat verschwanden. Danach konnten auf Grund der umfangreichen Erhebungen die Personalien ziemlich genau festgestellt werden. Die besonderen Merkmale, das verkümmerte Ohr bei Schulz und die abnorme Nasenbildung bei Tilleßen, die angegeben werden konnten, führten auf die Spur der Missethäter. Auch die Zeit der schnellen Abreise der beiden von München — sie meldeten sich nicht ab und ließen ihr Gepäck zurück — ist ein schlagender Beweis für die Täterschaft. In München sind ein Generalstaatsanwalt und ein Staatsanwalt sowie ein Landgerichtsrat aus Offenburg und Karlsruhe eingetroffen, um die Erhebungen fortzusetzen. Mit den Münchner Behörden wurden sofort Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der beiden angestellt, die

für die Fahndung und Belastung erhebliches Material lieferten. Beide Mörder sind früher Offiziere gewesen und haben seinerzeit der Brigade Ehrhardt angehört. Schulz hat eine richtige kaufmännische Lehre durchgemacht, seit Kriegsende aber keine Stellung mehr gehabt. Die Marineangliste von 1918 verzeichnet einen Oberleutnant Heinrich Tilleßen, der im Jahre 1920 verabschiedet worden ist.

Vor drei Tagen noch in München.

Geheimgehaltene Verhaftungen.

Zu der Entdeckung der Spur, die in der Nordbaffäre Erzberger nach München führt, erfährt die Frankfurter Zeitung aus München: Wie sicher sich die Täter fühlen, geht aus dem Umstand hervor, daß sie sich vor drei Tagen in München wählten, wo sie sich in ihrer Wohnung aufhielten. Seitdem sind sie spurlos verschwunden. Es sind in der Nacht zum Dienstag bereits Verhaftungen in der Studentenschaft und entsprechenden Gesellschaftskreisen erfolgt. Die Verhaftungen werden von der Polizei streng geheim gehalten, doch sollen sich schon Anhaltspunkte für das Bestehen eines förmlichen Komplotts ergeben haben. Für die weitere Entwicklung der Angelegenheit stehen noch Uebertragungen politischer Art bevor.

Die Berliner Ermittlungen.

Feststellungen bei der verhafteten Familie.

In Verbindung mit den Ermittlungen der badischen Staatsanwaltschaft, die zur Feststellung der Mörder Erzbergers führten, hatte die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums vor einigen Tagen mehrere Mitglieder einer in Großberlin wohnenden Familie festgenommen. Die Festgenommenen — darunter ein ehemaliger Fähnrich zur See, der in den Jahren 1919 bis 1920 zusammen mit den Mördern bei der Brigade Ehrhardt Dienst getan hat — standen in nahen Beziehungen zu den Tätern. Drei Wochen vor der Mordtat waren die Mörder von München nach Berlin gekommen und hatten hier vom 6. bis 11. August bei den Festgenommenen gewohnt. Die gleichzeitig mit der Festnahme vorgenommene Hausdurchsuchung förderte mehrere Photographien der Mörder und eine handschriftliche Korrespondenz zutage. Die Vernehmung der Siftierten ergab, daß sie ihrer politischen Gesinnung nach auf rechtsradikalem Boden stehen, und daß sie die Person und das Wirken Erzbergers aufs schärfste verurteilen. Da ihnen aber hinsichtlich des Mordes weder Mitwisserschaft noch Mitwirkung nachgewiesen werden kann, sind sie am Abend von der Polizei wieder aus der Haft entlassen worden.

Das 8-Uhr-Abendblatt weiß hierzu zu berichten, daß die verhaftete Familie aus vier Köpfen besteht, einer Frau und deren drei Kindern, von denen zwei junge Mädchen sind. Aus der Vernehmung der Verhafteten ließ sich u. a. feststellen, daß Schulz und Tilleßen als Angehörige der Brigade Ehrhardt im März vorigen Jahres am Rapp-Putsch teilgenommen haben. Nach der Auflösung der Brigade Ehrhardt wohnten sie kurze Zeit bei der erwähnten Familie in Berlin und überfiedelten sodann nach München. Vor dem Attentat auf Erzberger trafen sie wieder in Berlin ein, wo sie bei der Familie Aufenthalt nahmen. Sie blieben bis zum 6. August und reisten dann, wie sie angaben, nach Süddeutschland. Kurz vor dem 30. August kamen wieder von ihnen die ersten Briefe nach Berlin, die den Poststempel München trugen. Eines der beiden jungen Mädchen wollte am 13. August nach Garmisch-Partenkirchen reisen, wo es von Schulz und Tilleßen erwartet wurde. Es traf jedoch ein Telegramm von den beiden Männern ein, das mitteilte, sie könnten in der angegebenen Zeit nicht in Garmisch-Partenkirchen sein, da sie am 31. August aus Bayern abreisen müßten. Das Mädchen gab darauf keine Reise auf. Man nimmt nun an, daß die beiden Täter am 31. August Bayern verlassen haben, da sie ihre Festnahme befürchteten. Sie sind vermutlich ins Ausland geflüchtet.

Die Ermittlung der Namen von Erzbergers Mördern ist ein erfreulicher Erfolg der badischen Polizei. Die Tatsache, daß die beiden Mörder zuletzt in München wohnten und daß sie Mitglieder der Brigade Ehrhardt waren, bestätigt leider die Vermutungen derer, die von Anfang an behaupteten, daß man es hier wohl nicht mit den Verfehlungen einzelner fanatischer Jünglinge zu tun habe, sondern mit einer weit verzweigten Geheimorganisation. Gerade diese Tatsachen sollten in der bayerischen Krise beachtet werden. Daß sich in Bayern die rechtsradikalen Kreise ungeniert tummeln konnten, gehört leider auch zu den Kennzeichen der Ordnungszelle. Hoffentlich gelingt es namentlich auch, der Täter selber habhaft zu werden, nachdem man ihre Namen weiß.

Kleine politische Meldungen.

Wiederkehrende Nationalisierung des Wiesener Ausbaus. Die parlamentarische Krise dem R. E. mitteln, wie die Reichsregierung, die bis jetzt nur einen vorläufigen Bericht über die Wiesener Verhandlungen entgegengenommen hat, nach der namhafte Angehörige des Ministeriums Dr. Rathenau wahrscheinlich in einer der nächsten Kabinettbesprechungen zu dem Wiederaufbau der Weimarer Staatsform nehmen. Die Reichsregierung habe besonders mit Rücksicht auf die Wirkungen des Valutasturges auf die Reparationsfrage ein Interesse an einem möglichst baldigen Abschluß des Vertrages, da der Wiederaufbau in gewissem Umfang die Erfüllung der Währungsbedingungen durch Sachleistungen erfordere. Die Nationalisierung des Wiesener Ausbaus werde also zuerst von deutscher und dann von französischer

00 Mr.
50 Mr.
Seelachs
Lung.
Aue.
zert
ng.
iel.
nzerbeisucher
t 2 Mart.
ir. 40. Tel. 441.
hle.
änzchen
lema
Hof.
rt
all.
chen.
e. Graf.
September,
lor
Stadtpart
iche
mlung.
beitgeber.
Großhandel,
pünktliches
Vorstand.
Aue.
9 Uhr
die Führung
Kasse halt.
von Aue,
Johannstiel
Vorstand.
hle
Rauch-
wiegtes,
twaren.
ischermitr.